

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

2020/18 STIMMEN AUS DER TÜRKEI
JUNI 2020

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 46 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 34420 Istanbul Türkei Tel: +90 212 249 19 29 Email: tusiad@tusiad.org

ANKARA: 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel: +90 312 468 10 11 Email: ankoffice@tusiad.org

EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel: +32 2 736 40 47 Email: bxloffice@tusiad.org

U S A: 2101 L Street N.W. Suite 800 Washington D.C. 20037 USA Tel: +1 202 776 7770 Email: usoffice@tusiad.org

DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel: +49 30 288 786 300 Email: berlinoffice@tusiad.org

FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel: +33 1 44 43 52 54 Email: parisoffice@tusiad.org

GROSSBRITANNIEN : 120 Pall Mall SW1Y 5EA London England Tel: +44 207 101 07 74 Email: londonoffice@tusiad.org

CHINA: Email: china.tusiad@tusiad.org

www.tusiad.org

IN DIESER AUSGABE

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN	2
Borell: Türkei muss Bohrungen südlich von Zypern einstellen Internet-Link.....	2
Bei Wiedereinreise droht Türkeiurlaubern eine zweiwöchige Quarantäne Internet-Link.....	2
Türkei lockt deutsche Urlauber mit Spezial-Krankenversicherung Internet-Link.....	2
Erdogan: Söldner-General Haftar hat keine politische Zukunft in Libyen Internet-Link.....	3
Bundesregierung stuft Türkei als Corona-Risikogebiet ein Internet-Link	4
Besuch russischer Verteidigungs- und Außenminister in Türkei abgesagt Internet-Link.....	4
Mitsotakis informiert EU über Spannungen mit der Türkei Internet-Link.....	4
Türkei öffnet Grenzen zu Iran und Irak für Frachttransporte Internet-Link.....	5
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN	5
Nach Corona-Lockerungen - Stimmung türkischer Wirtschaft bessert sich Internet-Link	5
Kriegswaffen aus Deutschland: Türkei bleibt bester Kunde Internet-Link	5
PVC: Türkei startet Dumping-Untersuchung auf deutsche Importe Internet-Link	6
Türkei: CBRT lässt Leitzins unverändert bei 8,25% - USD/TRY knallt nach unten Internet-Link.....	6
MSCI warnt vor Ausschluss aus wichtigem Schwellenland-Index Internet-Link	6
Türkei visiert 2023 Selbstversorgung mit Bananenproduktion an Internet-Link	6
Tourismuszahlen in der Türkei im Mai stark eingebrochen Internet-Link.....	7
Türkei: Gold- & Silberimporte erholen sich im Mai Internet-Link.....	7
Türkei will für Anleger attraktiver werden Internet-Link	7
Türkei erlaubt wieder Inlandsflüge Internet-Link.....	8
FIRMENNACHRICHTEN	8
Türkei übernimmt Kontrolle über Mobilfunkanbieter Turkcell Internet-Link	8
Lebara senkt Roaming-Kosten in der Türkei Internet-Link.....	8
TÜV Rheinland beteiligt sich an "Safe Tourism"-Programm der Türkei Internet-Link.....	8
Turkish Airlines startet ab Mitte Juni zahlreiche Direktverbindungen in die Türkei Internet-Link.	9
Zynga: Gaming-Plattform kauft Mobile-Games Studio Peak in der Türkei für 1,8 Mrd. Dollar Internet-Link	9
Syz eröffnet Niederlassung in der Türkei Internet-Link.....	9
ARTIKEL DES MONATS.....	10
Reisewarnungen: Türkei-Touristen als politischer Spielball.....	10
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKIE HAUPTDATEN	11

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Borell: Türkei muss Bohrungen südlich von Zypern einstellen [Internet-Link](#)

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell hat die Türkei aufgefordert, die zyprische Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) nicht mehr zu verletzen und das internationale Seerecht zu respektieren. "Die türkischen illegalen Bohrungen müssen stoppen", meinte Borell auf Twitter Kurznachrichtendienst. Zuvor hatte er an Bord eines Hubschraubers zusammen mit dem zyprischen Verteidigungsminister Savvas Angelides die umstrittene Region südlich und südwestlich von Zypern überflogen, wie der zyprische Staatsrundfunk (RIK) berichtete.

Internationale Energieunternehmen hatten im Auftrag Zyperns in den vergangenen Jahren reiche Erdgasvorkommen unter dem Meeresboden vor der drittgrößten Mittelmeerinsel entdeckt. Dies führte zu schweren Spannungen zwischen Ankara und Nikosia. Die Türkei erkennt nämlich Zypern nicht an und lehnt die Suche nach Erdgas vor einer Lösung der Zypern-Frage und ohne die Zustimmung der türkischen Zypriern ab. Ein türkisches Bohrschiff, die Yavuz, befindet sich seit Monaten südwestlich von Zypern in der zyprischen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) und führt Probebohrungen durch. Auch andere türkische Schiffe hatten in den vergangenen Monaten Forschungen und Bohrungen rund um Zypern durchgeführt. Die EU hat dies wiederholt verurteilt.

Bei Wiedereinreise droht Türkeiurlaubern eine zweiwöchige Quarantäne [Internet-Link](#)

140 Flüge gehen in den Sommerferien jede Woche ab Düsseldorf in die Türkei. Bei der Wiedereinreise droht Urlaubern eine zweiwöchige Quarantäne. Wirklich kontrolliert werden die Rückkehrer aber nicht. Ankara, Antalya, Istanbul, Izmir und Kayseri sind die fünf Städte in der Türkei, die in den Sommerferien am häufigsten von Düsseldorf aus angefliegen werden – insgesamt sind es 17 türkische Reiseziele. Am ersten Ferienwochenende rechnet der Airport Düsseldorf mit 55 Abflügen in die Türkei. „In den ersten drei Wochen finden dabei im Schnitt rund 20 Abflüge pro Tag statt, wobei der Tageshöchstwert bei voraussichtlich 23 Abflügen liegen wird“, sagt Flughafensprecher Nicolas Berthold. „Insgesamt entspricht das rund 140 Abflügen pro Woche.“ Damit scheinen sich viele Türkei-Urlauber offenbar nicht davon abschrecken zu lassen, dass sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland womöglich zwei Wochen in Quarantäne müssen. Die Türkei zählt laut Robert Koch-Institut zu den Corona-Risikogebieten; das Auswärtige Amt warnt weiterhin vor nicht notwendigen, touristischen Reisen in alle Länder außerhalb der EU – und somit auch in die Türkei. Nach Angaben der Bundespolizei ist eine Einreise nach Deutschland weiterhin nur für deutsche Staatsangehörige oder Personen mit deutschem Aufenthaltstitel oder „zwingenden Gründen“ möglich. Am Flughafen weist die Bundespolizei die Rückkehrer auf die Quarantäne-Pflicht hin. „Sie bekommen von uns einen Flyer mit entsprechenden Informationen in die Hand gedrückt“, sagt eine Sprecherin der Bundespolizei am Düsseldorfer Flughafen. Die Reisenden sind demnach verpflichtet, sich bei ihren örtlichen Gesundheitsämtern zu melden und ihnen mitzuteilen, dass sie in der Türkei gewesen sind. Die Ämter überwachen dann die Einhaltung der Anordnung – also der Quarantäne. „Wir überprüfen aber nicht, ob die Reisenden sich auch an die Anweisungen auf dem Flyer halten und auch zum Gesundheitsamt gehen“, sagt die Sprecherin. Das sei schon aus personellen und organisatorischen Gründen nicht zu leisten. „Wir können schließlich nicht jeden einzelnen Türkei-Reisenden nach seiner Rückkehr in seinem jeweiligen Heimatort in Deutschland aufsuchen“, sagt sie.

Türkei lockt deutsche Urlauber mit Spezial-Krankenversicherung [Internet-Link](#)

Die Deutschen zieht es im Urlaub gerne ins Ausland. Sommer, Sonne, Strand sind demnach das A und O für die ideale Erholung in den wohl schönsten Wochen des Jahres – wäre da 2020 nicht das Corona-Virus. So hat das Auswärtige Amt zwar die Reisewarnung für die meisten EU-Staaten aufgehoben, nicht aber die Türkei. Die will deutsche Urlauber nun mit einer speziellen Krankenversicherung locken.

So hat das Auswärtige Amt die Reisewarnung für rund 160 Länder rund um den Globus bis zum 31. August 2020 verlängert. Das bedeutet zwar kein konkretes Reiseverbot, allerdings übernehmen die Auslandskrankenversicherungen dann im Fall einer Erkrankung – darunter mit Covid-19 – keine Kosten mehr. Um dennoch deutsche Urlauber in die Türkei zu locken, bietet das Land ab dem 1. Juli ausländischen Touristen entsprechende Krankenversicherungspakete an, welche die Behandlung von Covid-19-Infektionen einschließen. Für eine Prämie von 15, 19 oder 23 Euro sollen dann alle Gesundheitsausgaben bis zu einer Maximalsumme von 3.000, 5.000 oder 7.000 Euro abgedeckt werden. Die Policen sollen dabei nach Angaben von Tourismusminister Mehmet Nuri Ersoy über verschiedene Kanäle wie Fluggesellschaften, Verkaufsstellen vor der Passkontrolle, Reiseveranstalter oder online verkauft werden. Die Türkei hatte speziell für die Sommersaison das Safe Tourism Certification Program mit Schutz- und Hygienemaßnahmen für Flugverkehr, Transport und Unterkünfte eingeführt.

Erst Ende Mai hatte die Lifecard-Travel-Assistance Gesellschaft für Reiseschutz mbH (LTA) bekannt gegeben, dass in ihren Reiseschutz-Tarifen künftig auch Covid-19 bedingte Reiserücktritte oder Reiseabbrüche mitversichert sei. Ausgenommen sind laut Unternehmen Ein- und Ausreiseverbote, Aufenthaltseinschränkungen, behördliche Quarantäne-Maßnahmen sowie die Angst vor einer möglichen Erkrankung oder vor sonstigen Reisebeschränkungen.

Erdogan: Söldner-General Haftar hat keine politische Zukunft in Libyen [Internet-Link](#)

Der türkische Präsident Erdogan hat gesagt, dass der libysche Söldner-General Haftar in der politischen Zukunft Libyens keine Rolle spielen werde. Diese Einsicht könnte sich auch bei den internationalen Unterstützern Haftars durchsetzen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat gesagt, dass der Söldner-General Chalifa Haftar keine politische Zukunft in Libyen habe. „Die Siege der libyschen legitimen Truppen haben Haftar in den Wahnsinn getrieben“, zitiert ihn der Libyan Observer. Zuvor hatten die Regierungstruppen Tripolis und weitere Gebiete zurückerobert. Ein Teil seiner Söldner waren geflohen.

Erdogan gab auch bekannt, dass die aktuelle Offensive der libyschen Regierungstruppen mit Unterstützung türkischer Militärs und Drohnen von US-Präsident Donald Trump in einem Telefongespräch gelobt wurde. Die Offensive werde bis zur Befreiung der Stadt Sirte und des Stützpunktes Jufra fortgesetzt, so Erdogan. 14 Monate nach Beginn ihres Angriffs auf die Hauptstadt Tripolis hatte Haftars selbst ernannte „Libysche Nationalarmee“ (LNA) wichtige Gebiete verloren. Truppen der international anerkannten Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch konnten diese mit Hilfe der Türkei zurückdrängen, die mit Kampfdrohnen, Luftabwehrsystemen und Soldaten militärisch immer stärker in Libyen eingreift. Haftar bekommt dagegen Unterstützung von Russland, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten, so die dpa.

Al-Sarradsch hatte die vorgeschlagene Feuerpause bereits indirekt abgelehnt. Dem Kommandeur verbündeter Milizen sagte er zu ihrem Angriff auf Sirte: „Wir werden den von Opfern gepflasterten Weg weitergehen.“ Die Kämpfer befanden sich nach Augenzeugenberichten etwa 30 Kilometer westlich von Sirte, das am Mittelmeer auf halber Strecke zwischen Tripolis und Bengasi liegt. Dass Russland in Libyen so aktiv ist, kommt nicht unerwartet: Moskau will seinen Einfluss in der Region ausdehnen und versucht das auch mit Diplomatie und Militärhilfe. Gegen russische Interessen kommen andere Staaten im Nahen Osten inzwischen kaum noch an. So will Putin mit seinem Einfluss auf Haftar auch Druck auf den Westen aufbauen, der in Libyen nur eine Nebenrolle spielt. Vermutet wird auch, dass Russland versprochene Energie-, Militär- und Infrastrukturverträge in Milliardenhöhe zurückgewinnen will, die Moskau beim Sturz von Langzeitherrscher Muammar al-Gaddafi 2011 entgangen sind. Die Türkei will wiederum verhindern, dass Ägypten und die Emirate in Libyen an Einfluss gewinnen. Ankara empfindet beide Staaten als regionale Gegner. Der Türkei geht es aber auch um Interessen im Energiesektor: Ihre Unterstützung der Regierung in Tripolis ist eng verknüpft mit der Hoffnung auf Energiereserven im Mittelmeer.

Bundesregierung stuft Türkei als Corona-Risikogebiet ein [Internet-Link](#)

Für Europa ist die Lage ziemlich klar: Der Urlaub kann beginnen. Aber was ist mit den anderen Ländern? Eine Risikoliste der Bundesregierung gibt dafür jetzt neue Anhaltspunkte. Darauf steht ein Land, das bei deutschen Touristen besonders beliebt ist. Die Bundesregierung hat die Türkei zusammen mit 130 weiteren Ländern als Corona-Risikogebiet eingestuft. Auf der Liste, zum ersten Mal vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlicht wurde und nun regelmäßig aktualisiert wird, stehen auch andere beliebte Urlaubsländer der Deutschen wie Ägypten, Thailand und Marokko. Ebenfalls auf der Liste der Risikoländer ist die Russische Föderation, obwohl Russland voraussichtlich ab 15. Juli wieder reguläre internationale Flüge, unter anderem nach Deutschland, anbieten wird. Einreisende aus einem Risikogebiet müssen damit rechnen, dass sie 14 Tage in Quarantäne müssen. Für diese Länder ist unter anderem deswegen eine Aufhebung der immer noch für mehr als 160 Länder außerhalb der Europäischen Union geltende Reisewarnung nach jetzigem Stand unwahrscheinlich. Es gebe aber „keine Automatismen“, betonte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Vor allem die Türkei, das drittbekannteste Urlaubsland der Deutschen nach Spanien und Italien, dringt auf eine Aufhebung dieser Reisewarnung und wirbt um deutsche Touristen. Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hatte sich vor wenigen Tagen enttäuscht über die Beibehaltung der Reisewarnung geäußert. „Die wissenschaftlichen Gründe hinter der Entscheidung sind für uns nur schwer zu verstehen“, sagte er dem „Spiegel“. Alles sei vorbereitet für eine sichere Reise in die Türkei.

Besuch russischer Verteidigungs- und Außenminister in Türkei abgesagt [Internet-Link](#)

Ein geplanter Besuch der russischen Verteidigungs- und Außenminister in der Türkei ist kurzfristig wieder abgesagt worden. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavuşoğlu und sein russischer Kollege Sergej Lawrow hätten sich bei einem Telefonat darauf verständigt, sich über ein neues Datum abzustimmen, teilten die Ministerien beider Länder mit. Die Vize-Minister würden sich in den kommenden Tagen austauschen, hieß es aus Ankara. Nach Angaben des russischen Außenministeriums sollte es bei dem Treffen am 14.6. um eine Lösung im Libyen-Konflikt gehen. Auf Expertenebene der Ministerien werde an einer baldigen Feuerpause gearbeitet sowie daran, den innerlibyschen Verhandlungsprozess voranzubringen. Die politischen und wirtschaftlichen Lösungen sollten unter der Ägide der Vereinten Nationen und im Einklang mit den Vereinbarungen der Berliner Libyen-Konferenz vom Januar erarbeitet werden, hieß es in Moskau. Nach Angaben aus Ankara wurde der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif in der Türkei erwartet. Ankara unterstützt in Libyen die international anerkannte Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch, Moskau dagegen den aufständischen General Chalifa Haftar. Bereits hatten der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und Kremlchef Wladimir Putin am Telefon über die Situation in Libyen gesprochen. General Chalifa Haftar hatte vor mehr als einem Jahr mit seiner selbst ernannten "Libyschen Nationalarmee" eine Offensive auf die Hauptstadt Tripolis begonnen, in der die international anerkannte Regierung ihren Sitz hat. Mit Hilfe der Türkei war es den Einheiten von Regierungschef Fajis al-Sarradsch gelungen, die Truppen Haftars zuletzt deutlich zurückzudrängen

Mitsotakis informiert EU über Spannungen mit der Türkei [Internet-Link](#)

Der Streit um Erdgas im östlichen Mittelmeer zwischen Griechenland und der Türkei verschärft sich weiter: Der griechische Regierungschef Kyriakos Mitsotakis warnte in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen vor einer weiteren Eskalation seitens der Türkei. Die Taktik Ankaras werde "nicht nur zu einer griechisch-türkischen Krise, sondern auch zu einer umfassenden Krise in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei führen", teilte der griechische Regierungssprecher Stelios Petsas in Athen mit. Nach griechischem Anhalten hat das staatliche türkische Energieunternehmen Lizenzen bei der dortigen Regierung beantragt, nur wenige Seemeilen vor den Inseln Kreta, Rhodos und Karpathos nach Erdgas

und Erdöl forschen zu dürfen. Der Antrag sei in der türkischen Regierungszeitung bereits veröffentlicht. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte im Januar angekündigt, "so schnell wie möglich" in einem mit Libyen vereinbarten Gebiet nach Erdgas zu suchen. Das Vorhaben betrifft auch potenziell erdgasreiche Regionen südlich von Kreta, die aus griechischer Sicht zur Ausschließlichen Wirtschaftszone des EU-Landes gehören. Nach türkischer Lesart haben Inseln wie Kreta zwar Hoheitsgewässer, aber keine Ausschließliche Wirtschaftszone. Die EU-Staaten hatten deshalb einen rechtlichen Rahmen für Sanktionen gegen die Türkei geschaffen.

Türkei öffnet Grenzen zu Iran und Irak für Frachttransporte [Internet-Link](#)

Die Türkei hat Grenzübergänge zum Iran und Irak für Frachttransporte wieder geöffnet. Darunter seien die großen Übergänge Gürbulak mit dem Iran und Habur mit dem Irak, teilte Handelsministerin Ruhsar Pekcan über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie ließen nach. Auch der Iran hat die Wiederaufnahme der Frachttransporte bestätigt. Die Öffnung sei auf Initiative der Präsidenten der beiden Länder zustande gekommen, sagte ein Sprecher der Zollverwaltung nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA. Iranische LKW-Fahrer könnten die Grenze zum ersten Mal seit dem 22. Februar wieder überqueren, müssten sich jedoch strikt an Gesundheitssicherheitsprotokolle halten. Auch die türkische Handelsministerin sagte, dass weitere Maßnahmen "für Gesundheit und Sicherheit" ergriffen würden. Die Türkei hatte ihre Grenzen zum Iran - einem der am schwersten vom neuartigen Virus betroffenen Länder - Ende Februar geschlossen. Kurz darauf stoppte auch der Verkehr mit dem Irak. Die Türkei lockert ihre Corona-Beschränkungen seit Mai.

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Nach Corona-Lockerungen - Stimmung türkischer Wirtschaft bessert sich [Internet-Link](#)

Die Stimmung der türkischen Wirtschaft hat sich im Juni spürbar aufgehellt. Das Barometer dazu kletterte um 19,1 Prozent zum Vormonat auf 73,5 Punkte, wie das nationale Statistikamt mitteilte. Dies war der zweite Anstieg in Folge und geht einher mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen im Kampf gegen das Corona-Virus. Im März und April war die Wirtschaft kräftig eingebrochen. Bei Werten über 100 Zählern signalisiert das Barometer einen optimistischen Ausblick der Firmen. Der Index lag letztmals im März 2018 über dieser Schwelle.

Kriegswaffen aus Deutschland: Türkei bleibt bester Kunde [Internet-Link](#)

Der Einmarsch in Syrien oder Waffen für Libyen: Das Agieren der Türkei wird von Deutschland kritisch gesehen. Doch mit Waffenexporten an den NATO-Partner verdienen deutsche Firmen weiter viel Geld. Die Türkei hat im vergangenen Jahr Kriegswaffen für 344,6 Millionen Euro aus Deutschland erhalten und damit mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Kriegswaffenexporte. Das geht aus einem vom Wirtschaftsministerium als Verschlussache eingestuften Dokument hervor, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Die Türkei war damit das zweite Jahr in Folge die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Kriegswaffen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Waffen mit einem Wert von 823,6 Millionen Euro exportiert. Bereits 2018 machten die Lieferungen an den NATO-Partner Türkei mit 242,8 Millionen Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte (770,8 Millionen Euro) aus. Nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Syrien im Oktober 2019 hatte die Bundesregierung zwar einen teilweisen Rüstungsexportstopp gegen die Türkei verhängt. Er gilt aber nur für Waffen, die im Syrien-Krieg eingesetzt werden können. Bei den im vergangenen Jahr gelieferten Waffen handelte es sich dem Dokument zufolge ausschließlich um Ware aus dem "maritimen Bereich". Rüstungsexporte in die Türkei sind nicht nur wegen des Einmarschs türkischer Truppen in Syrien

umstritten. Die Türkei wird von den Vereinten Nationen auch zu den Ländern gezählt, die mit Waffenlieferungen in den Krieg in Libyen eingreifen.

PVC: Türkei startet Dumping-Untersuchung auf deutsche Importe [Internet-Link](#)

Der türkische Petrochemie-Konzern Petkim (Aliaga / Türkei) hat eine erneute Verlängerung der seit 2003 bestehenden Anti-Dumping-Maßnahmen gegen Importe von PVC-S aus Deutschland und den USA gefordert. Das türkische Wirtschaftsministerium sah die notwendigen Voraussetzungen als gegeben an und hat mit einer entsprechenden Untersuchung begonnen. Seitens der türkischen Regierung bestehen seit 2003 diverse Anti-Dumping-Maßnahmen auf PVC – unter anderem auch gegen Lieferungen aus Deutschland und den USA. Die jüngsten Strafzölle aus dem Jahr 2015 laufen am 1. Juli 2020 aus und betragen 16,44 Prozent für deutsche Importe und 18,81 Prozent für Lieferungen aus den USA. Diese bleiben zunächst in Kraft, bis die jetzt begonnene Untersuchung abgeschlossen ist.

Türkei: CBRT lässt Leitzins unverändert bei 8,25% - USD/TRY knallt nach unten [Internet-Link](#)

Die Zentralbank der Republik Türkei (CBRT) gab Ende Juni bekannt, dass sie ihren Leitzins (einwöchiger Repo-Satz) unverändert bei 8,25% belässt. Bei der anfänglichen Marktreaktion verlor der USD/TRY innerhalb weniger Minuten fast 200 Pips und testete 6,8300, bevor er sich leicht erholte. Zum Zeitpunkt des Schreibens lag das Paar 0,2% im Minus bei 6,8400.

MSCI warnt vor Ausschluss aus wichtigem Schwellenland-Index [Internet-Link](#)

Der bekannte Fondsanbieter MSCI warnt Argentinien und die Türkei vor einem Ausschluss aus seinem renommierten Schwellenland-Index. Einer der weltgrößten Anbieter von Indexfonds warnt Argentinien und die Türkei vor einem Verlust ihres Schwellenland-Status, indem Aktien beider Staaten aus dem MSCI Emerging Markets Index genommen werden könnten. Sollte es für Investoren wie zuletzt beobachtet weiterhin schwieriger werden, in die beiden Märkte zu investieren, müssten die Wertpapiere fortan anders klassifiziert werden und die Gruppe der mehr als 25 Schwellenländer verlassen, berichtet CNBC. „Obwohl die Schwankungsanfälligkeit im Zuge der Corona-Pandemie dramatisch zunahm, blieben Aktienmärkte weltweit zugänglich und funktionierten gut und Unternehmen konnten dadurch Kapital aufnehmen und Investoren ihre Risikopositionen ausbalancieren. Doch zwei wichtige Märkte mussten in den vergangenen 12 Monaten eine substantielle Verschlechterung ihrer Zugänglichkeit hinnehmen. Dies könnte zu ihrem Ausschluss aus dem MSCI Emerging Markets Index führen“, heißt es in einer Stellungnahme von MSCI. Der MSCI Emerging Markets Index gilt als wichtiger Orientierungspunkt, welche von zahlreichen Fonds und börsengehandelten ETFs weltweit genutzt wird und große und mittelgroße Unternehmen aus mehr als 25 Staaten beinhaltet. Der Index gilt als Maßstab für die Entwicklung der Aktienmärkte in den Schwellenländern. Argentinien hat vor einigen Wochen den Staatsbankrott anmelden und Kapitalverkehrskontrollen einführen müssen.

Türkei visiert 2023 Selbstversorgung mit Bananenproduktion an [Internet-Link](#)

Die Bananenproduktion in der Türkei könnte ein Niveau der Selbstversorgung erreichen, um die gesamte inländische Nachfrage 2023 zu erfüllen, so die führenden Bananenerzeuger des Landes, wie DailySabah berichtete. Die Produktionsmengen sind in den letzten zwei Jahrzehnten von 13% auf 80% infolge der Importbeschränkungen des Landes für die Frucht rapide angestiegen, hieß es. Ahmet Seref Gümüs, Präsident der Landwirtschaftskammer von Anamur, hat Zitate zufolge gesagt, dass die Zahl der Gewächshäuser in dem Bezirk jedes Jahr weiter zunimmt, da die Verbraucher eine große Vorliebe für die lokal erzeugten Bananen wegen ihrer überragenden Qualität und des Aromas zeigen.

Zudem wird erwartet, dass die jährliche Produktion dieses Jahr ein Rekordniveau von 700.000 Tonnen infolge der erweiterten Anbaufläche erreicht.

Tourismuszahlen in der Türkei im Mai stark eingebrochen [Internet-Link](#)

Durch die Corona-Pandemie sind die Tourismuszahlen in der Türkei stark eingebrochen. Im Mai kamen rund 30 000 Besucher in das Land und damit 99,26 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum, wie das Tourismusministerium mitteilte. In den ersten fünf Monaten des Jahres gingen die Besucherzahlen demnach im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 66,35 Prozent zurück. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Türkei. Vergangenes Jahr machten nach offiziellen Angaben mehr als fünf Millionen Deutsche Urlaub in der Türkei. Ankara wirbt schon seit einiger Zeit für deutsche Touristen, bei denen vor allem der Urlaubsort Antalya beliebt ist. Für die Türkei gilt aber zunächst noch bis zum 31. August eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Die Bundesregierung hatte die Türkei vergangenen Woche zusammen mit 130 weiteren Ländern zudem als Corona-Risikogebiet eingestuft. Menschen, die aus einem Risikogebiet in Deutschland einreisen, müssen mit einer 14-tägigen Quarantäne rechnen. Allerdings können Urlauber aus der Türkei von der Quarantäneregelung befreit werden, wenn sie bei der Einreise nach Deutschland einen negativen Corona-Test vorweisen können, der nicht älter als 48 Stunden ist.

Türkei: Gold- & Silberimporte erholen sich im Mai [Internet-Link](#)

Die türkische Börse Borsa Istanbul veröffentlichte kürzlich die Zahlen zum Edelmetallhandel des Landes im diesjährigen Mai. Wie die Daten zeigen, sind sowohl die Gold- als auch die Silberimporte im Vergleich zum Vormonat und zum Vorjahreszeitraum angestiegen. Im April hatten sie dagegen noch einen deutlichen Rückgang verzeichnet. Die Goldeinfuhren stiegen im Mai demnach auf insgesamt 11,77 Tonnen, verglichen mit 7,31 Tonnen im April und 3,36 Tonnen im Mai 2019. Im fünften Monat des Jahres führte die Türkei außerdem 40,01 Tonnen Silber ein, während es im April nur 5,02 Tonnen waren. Im Mai 2019 waren 28,51 Tonnen des weißen Metalls importiert worden.

Türkei will für Anleger attraktiver werden [Internet-Link](#)

Die Türkei, die auch vor der Coronavirus-Pandemie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckte, versucht, für internationale Anleger attraktiver zu werden. Zu diesem Zweck wurden – nach fast acht Jahren – Verhandlungen für einen Beitritt der Türkei zum weltgrößten Wertpapier-Clearinghaus erfolgreich beendet, wie die „Financial Times“ berichtete. Investoren und Händler können so künftig türkische Staatsanleihen über die in Belgien ansässige Gesellschaft Euroclear sicher handeln. Diese Sicherheit vor staatlicher Willkür der Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan soll Staatsanleihen für internationale Investoren sicherer und damit attraktiver machen. Seit der Niederschlagung eines Putschversuchs im Sommer 2016 und der darauffolgenden Entlassung, Verfolgung und Inhaftierung Zehntausender angeblicher politischer Gegner haben sich internationale Anleger stark aus der Türkei zurückgezogen. Für Verunsicherung sorgte laut „Financial Times“ unter anderem auch, dass heuer mehrere internationale Großbanken de facto vom Handel mit der türkischen Lira ausgeschlossen wurden, um einen weiteren scharfen Währungsverfall zu stoppen. Euroclear wird von internationalen institutionellen Anlegern verwendet, um ihre Wertpapiere aufzubewahren, Transaktionen abzuwickeln oder hinterlegte Sicherheiten zu verwalten. Staaten, die ein Abkommen mit Euroclear schließen, müssen sich zur Einhaltung von Verträgen und Vorgehensweise verpflichten. Euroclear verwaltet Wertpapiere im Wert von mehr als 30 Billionen Euro und ist damit eines der größten Clearingsysteme weltweit.

Türkei erlaubt wieder Inlandsflüge [Internet-Link](#)

Nach rund zwei Monaten Flugstopp wegen der Corona-Pandemie hat die Türkei ihren inländischen Flugverkehr wieder aufgenommen. Die Türkei öffnet sich zudem langsam für ausländische Touristen. Die Türkei erlaubt nach einem Corona-Flugstopp wieder Inlandsflüge. Turkish Airways und auch Sunexpress hatten die Aufnahme von inntürkischen Flügen angekündigt. Die Aufnahme von internationalen Flügen war zuletzt für den 10. Juni geplant. Die Türkei hatte ihren Flugverkehr schrittweise seit März komplett eingestellt. Passagiere benötigen nach Angaben des THY-Geschäftsführers Bilal Eksi eine Regierungs-App, um fliegen zu dürfen. Diese bestätigt unter anderem, dass der Reisende nicht krank ist. An den Flughäfen müssen zudem Auflagen eingehalten werden. Etwa dürfen nur Reisende, nicht aber ihre Begleitpersonen, in das Flughafengebäude und es gilt eine Maskenpflicht. Zudem wurden in der Türkei Reisebeschränkungen für die Millionenmetropole Istanbul und 14 weitere Provinzen aufgehoben. Restaurants, Cafés, Sportstudios und Kindergärten öffneten wieder unter Auflagen. Strände, Parks und Museen sind ebenfalls wieder zugänglich. Die Türkei hofft, ab Mitte Juni zudem auch wieder auf Touristen und bereitet Flughäfen, Strände und Hotels vor.

FIRMENNACHRICHTEN

Türkei übernimmt Kontrolle über Mobilfunkanbieter Turkcell [Internet-Link](#)

Der staatliche Vermögensfonds der Türkei hat die Kontrolle über den größten Mobilfunkanbieter des Landes Turkcell übernommen. Der Vermögensfonds (TWF) teilte mit, er werde mit 26,2 Prozent der größte Anteilseigner von Turkcell, nachdem der nordeuropäische Telekommunikationskonzern Telia seine Anteile verkauft habe. Telia hatte seinen Anteil von 24,02 Prozent für 530 Millionen Dollar (rund 471 Millionen Euro) an Turkcell abgegeben. Der Vermögensfonds übernimmt nun diese Anteile. Der TWF hat damit nach eigenen Angaben künftig fünf von neun Sitzen im Aufsichtsrat inne. Vorsitzender des türkischen Vermögensfonds ist Präsident Recep Tayyip Erdogan. Turkcell hat 47 Millionen Kunden im Mobilfunk und Festnetz. Der TWF ist auch an anderen Spitzenunternehmen in der Türkei beteiligt, unter anderem an der halbstaatlichen Fluggesellschaft Turkish Airlines.

Lebara senkt Roaming-Kosten in der Türkei [Internet-Link](#)

Bei den Türkiye-Tarifen von Lebara gelten ab sofort neue Inklusivpreise für Sprach- und Daten-Roaming, außerdem gibt es beim neuen Daten-Roaming-Pass für die Türkei 1,5 GB Datenvolumen. Lebara hat einige Neuerungen für seine Kunden eingeführt. In den Türkiye-Tarifen kosten in der Türkei ankommende Gespräche jetzt 22 Cent je Minute, abgehende Gesprächsminuten in die Türkei oder nach Deutschland werden mit 19 Cent berechnet. Der Preis für eine SMS liegt bei 22 Cent, ein 100-MB-Datenpaket ist für 3,50 Euro zu haben. Wer in der Türkei häufig online geht, kann nun den Daten-Roaming-Pass mit 1,5 GB nutzen. Der neue Pass ist für die Tarife Türkiye S, M, L oder XL optional hinzu buchbar, kostet 14,99 Euro und ist 28 Tage gültig. Neukunden in Deutschland bietet Lebara darüber hinaus bis zu 3 GB Datenvolumen gratis in den Türkiye-Tarifen - und das nicht nur in den ersten 4 Wochen, sondern bis 31.08. Der Türkiye XL Tarif enthält aktuell sogar 4 GB Gratisvolumen.

TÜV Rheinland beteiligt sich an "Safe Tourism"-Programm der Türkei [Internet-Link](#)

TÜV Rheinland hat vom türkischen Tourismusministerium die Genehmigung erhalten, Audits im Rahmen des Programms "Safe Tourism" durchzuführen. Dabei werden Auditorinnen und Auditoren von TÜV Rheinland in den kommenden Monaten Unterkünfte sowie weitere touristische Einrichtungen wie beispielsweise Restaurants regelmäßig daraufhin prüfen, ob diese sich an die entsprechenden Vorgaben zum Gesundheitsschutz halten.

Im Rahmen des "Zertifizierungsprogramms für sicheren Tourismus" können sich Unternehmen und Betriebe aus der gesamten Wertschöpfungskette im türkischen Gastgewerbe zertifizieren lassen. Einrichtungen, die eine Zertifizierung erhalten, werden auf der Website des türkischen Ministeriums für Kultur und Tourismus bekannt gegeben und können einen entsprechenden Nachweis in ihren Einrichtungen sichtbar für die Gäste anbringen. Vorgesehen sind unter anderem monatlich wiederkehrende Prüfungen sowie alle zwei Monate zusätzlich verdeckte Prüfungen. "Für TÜV Rheinland ist das eine sehr gute Gelegenheit, die eigene globale Expertise im Tourismus- und Gastgewerbe in der Türkei einzubringen", sagt Tourismusexperte Olaf Seiche von TÜV Rheinland. "Wir tragen so dazu bei, den Gesundheits- und Hygienestatus zu verbessern und das Vertrauen der Touristen trotz der Corona-Pandemie zu stärken." TÜV Rheinland ist bereits seit fast zwei Jahrzehnten als Prüfunternehmen im internationalen Tourismus sehr aktiv, insbesondere in den Bereichen Qualitätssicherung, Servicequalität sowie Einhaltung von Hygienestandards. Auch die Umsetzung der aktuellen Erfordernisse im Gesundheitsschutz und der Hygiene überwacht TÜV Rheinland in Deutschland und international bereits in zahlreichen Betrieben und Branchen. Die vollständigen Zertifizierungskriterien sowie sämtliche im Rahmen des Programms zugelassene Prüfunternehmen sind auf der Internetseite des Programms der türkischen Regierung in türkischer oder englischer Sprache unter <https://www.tga.gov.tr/about-safe-tourism-program> einsehbar.

Turkish Airlines startet ab Mitte Juni zahlreiche Direktverbindungen in die Türkei [Internet-Link](#)

Turkish Airlines startet ab Mitte Juni zahlreiche neue Direktverbindungen zwischen der Türkei und Deutschland. Laut Flugplandaten handelt es sich um Routen ab Berlin, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München nach Adana, Ankara, Bodrum, Diyarbakir und Gaziantep. Geflogen werden alle Routen mit einer Boeing 737-800.

Zynga: Gaming-Plattform kauft Mobile-Games Studio Peak in der Türkei für 1,8 Mrd. Dollar [Internet-Link](#)

Der Social Gaming Spezialist Zynga hat eine Milliarden-Akquisition angekündigt und übernimmt den türkischen Mobile Games-Entwickler Peak. Zynga Inc. (Nasdaq: ZNGA) kauft das türkische Mobile-Game Studio Peak mit Sitz in der Metropole Istanbul. Das Entwicklerstudio beschäftigt rund 100 Mitarbeiter und ist bekannt für seine Puzzlespiele wie "Toon Blast" und "Toy Blast". Als Kaufpreis für Peak haben alle beteiligten Gesellschaften 1,8 Mrd. US-Dollar vereinbart. Zynga wird 900 Mio. US-Dollar in bar und 900 Mio. US-Dollar in eigenen Aktien bezahlen. Toon Blast und Toy Blast sind Franchise-Unternehmen und sollen künftig die Live-Services von Zynga erweitern und in den kommenden Jahren einen zusätzlichen Treiber für die Margen-Verbesserung darstellen.

Syz eröffnet Niederlassung in der Türkei [Internet-Link](#)

Die Genfer Banque Syz eröffnet in Istanbul eine Niederlassung. Die türkischen Behörden hätten der Bank eine entsprechende Lizenz erteilt, teilte Syz mit. Geleitet wird die Repräsentanz von Idil Parman. Die Eröffnung erfolge im Rahmen der Wachstumsstrategie der Bank, heisst es weiter. Das Land liege strategisch günstig zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien und pflegt gute Beziehungen zur arabischen Welt, was ein weiterer wichtiger Markt für Syz sei. Die Banque Syz hat Niederlassungen in der Schweiz (Genf, Lugano, Locarno und Zürich) und Repräsentanzen in Südafrika, der Türkei und den USA.

ARTIKEL DES MONATS

Reisewarnungen: Türkei-Touristen als politischer Spielball

Handelsblatt

von Ozan Demircan

Handelsblatt 13.06.2020

Die Türkei könnte längst für Urlauber geöffnet sein. Doch hinter der Reisewarnung steckt mehr als nur eine Vorsichtsmaßnahme – zum Ärger der Urlauber und der Wirtschaft.

Wenn der TÜV Süd eine Prüfung durchführt, dann kann man davon ausgehen, dass das getestete Objekt höchsten Sicherheitsstandards entspricht. Das gilt für Autos, Elektrogeräte und auch für Gebäude – aber offenbar nicht für Hotels in der Türkei.

Türkische Hoteliers lassen im Zuge der Covid-19-Pandemie vor der Urlaubssaison in diesem Sommer ihre Häuser vom deutschen Test-Experten zertifizieren. Auch eine Quarantäne für Einreisende aus dem Ausland hat das türkische Innenministerium offiziell aufgehoben.

Dennoch bleibt eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes bis Ende August für die Türkei zunächst bestehen. Neuer Streit zwischen Ankara und Berlin ist vorprogrammiert – wieder einmal. Der türkische Außenminister kann die Maßnahme nicht nachvollziehen, Bundesaußenminister Maas will mit seinem Amtskollegen sprechen.

Vermutlich wird es nicht nur um Hygiene und Infektionsschutz gehen, sondern auch um Politik. Im deutsch-türkischen Verhältnis knirscht es immer noch. In beiden Hauptstädten glauben inzwischen viele, dass es nicht mehr nur noch um TÜV-Standards geht, sondern die Reisewarnung längst zum politischen Spielball geworden ist. Die Reisewarnung dient als probates Mittel, Zugeständnisse zu verlangen.

Der Hebel gegenüber der Türkei ist groß: Es geht um einen Milliardenmarkt. Der Tourismus steuert 12,2 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Türkei bei. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 45 Millionen Gäste aus dem Ausland in die Türkei, davon fünf Millionen aus Deutschland.

In der Bundesrepublik wiederum gibt es viele Reisebüros, die auf die Türkei spezialisiert sind und einen Großteil ihres Umsatzes mit Reisen an die Türkische Riviera verdienen.

Schon 2017 hatte Maas' Vorgänger Sigmar Gabriel gedroht, eine Reisewarnung für deutsche Türkeiurlauber auszusprechen. Damals ging es um den deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel, der rund ein Jahr in türkischer U-Haft gesessen hatte.

Lange Liste von Streitpunkten

Auch jetzt ist die Liste der Streitthemen zwischen Europa und der Türkei lang. Anfang März hatte Ankara die Grenzen für Migranten geöffnet, die in die EU einreisen wollen. Die Folge war ein Massenandrang an den griechischen Grenzorten sowie in der Ägäis, der zum Teil mit Gewalt aufgehalten worden war. Inzwischen ist klar, dass die Türkei eine halbe Milliarde Euro mehr Geld aus Brüssel erhält, um die Migranten im Land zu versorgen.

Im östlichen Mittelmeer will die Türkei die Seegrenzen verschieben. Das EU-Mitglied Griechenland beansprucht dort große Flächen für sich, weil kleine griechische Inseln zum Teil im türkischen Kontinentalschelf liegen.

Die Führung in Ankara will das nicht akzeptieren und hatte einen völkerrechtlichen Vertrag mit Libyen über eine Neugestaltung der Seegrenzen abgeschlossen. In Berlin und Ankara heißt es, dass die Regierung in Athen sich daher querstelle, der Türkei eine Ausnahmeregelung zu gestatten.

Hinzu kommen innenpolitische Angelegenheiten in der Türkei. Der Kunstmäzen Osman Kavala sitzt seit nahezu 1000 Tagen im Gefängnis, ihm wird unter anderem Terrorunterstützung vorgeworfen. Pikant: Kavala hatte vor seiner Festnahme vor allem mit deutschen Kulturorganisationen wie dem Goethe-Institut zusammengearbeitet.

Kavala sitzt im Gefängnis, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zuletzt dessen U-Haft als Verstoß gegen die Menschenrechte wertete. Während der Mann inzwischen bereits dreimal so lang hinter türkischen Gittern sitzt wie seinerzeit der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel, ist das Interesse an Kavala in Berliner Regierungskreisen kaum abgeebbt. Im Gegenteil: Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), forderte Anfang des Monats die Türkei auf, das EGMR-Urteil umzusetzen.

Dass Kavala für das Auswärtige Amt so wichtig ist, überrascht – sitzen doch Tausende weitere Künstler, Journalisten und Oppositionelle in der Türkei im Gefängnis. Roths Appell ist jedenfalls auf dem Weg nach Ankara verfliegen wie Desinfektionsspray. Bei den Verhandlungen über die Reisewarnung könnte die Forderung nun wieder auf die Tagesordnung kommen.

Kraftprobe für deutsch-türkische Beziehungen und die Koalition

Die Liste lässt sich fortführen. Das Vorgehen des türkischen Militärs in Syrien missfällt vielen in Berlin ebenso wie die massenhafte Unterstützung der UN-gestützten libyschen Regierung mit türkischen Drohnen und Waffen. Auch persönlich kriselt es zwischen den beiden Außenministern.

Als Maas Ende Oktober vergangenen Jahres für politische Gespräche in die Türkei reiste, stellte er einen Tag vorher auf Twitter Forderungen an Ankara in Bezug auf einen Militäreinsatz in Syrien.

So hatte Maas unter anderem gefordert, dass die Türkei im Umgang mit Geflüchteten internationales Recht einhalten – während übrigens die Europäische Union mit Gewalt Flüchtlinge von der Einreise in die EU abhält, was in Fachkreisen als Verstoß internationalen Rechts gedeutet wird.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu konterte daher, ebenfalls auf Twitter: „Lieber @HeikoMaas, ich freue mich auf Deinen Besuch in der Türkei. Du bist uns immer willkommen. Aber nicht mit erhobenem Zeigefinger. Wer die Türkei belehrt, muss mit einer entsprechenden Antwort rechnen.“

Auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte sich kurz vor dem Twitter-Zwist abfällig über den deutschen Außenminister geäußert. Nachdem Maas Mitte Oktober 2019 im Zuge derselben türkischen Militäroffensive in Syrien ein Waffenembargo ausgesprochen hatte, warf Erdogan Maas unter anderem vor, er sei ein Dilettant. „Wenn Du etwas von Politik verstehen würdest, würdest du nicht so sprechen“, sagte der türkische Präsident an den SPD-Politiker gerichtet.

Erdogan will in den kommenden Tagen mit Bundeskanzlerin Merkel telefonieren. Der türkische Präsident hat zur Kanzlerin einen guten Zugang – besser zumindest als zu Maas. Damit ist die Diskussion um die Reisewarnung nicht nur eine Kraftprobe für die deutsch-türkischen Beziehungen. Sondern unter Umständen auch für die Große Koalition. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungszahl beträgt 79,8 Mil.:
- ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - Stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2017: 760 Milliarden € BIP Wachstumsrate: 7,3 % ↗
 - ▶ Rang 17 der weltweit größten Ökonomien ▶ 2015 G20-Präsidentschaft

- Wichtige Handelspartner: | EU: 40,4% (die Türkei ist der fünfgrößte Handelspartner der EU) | Russland: 5,6% | USA: 5,2% |
 - Türkische Exporte in die EU (2017) : € 65,5 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU (2017) : € 75,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU (2017) : € 9,9 Mrd.
- Industrieproduktion: 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Elektronik, Textilien und Bekleidung, Haushaltgeräte, Stahl, Nahrungsmittel, Glas...)

Die Türkei ist in der Welt :

- 1. größter Hersteller von Bormineral
- 2. größter Schmuckexporteur
- 3. größter Exporteur von Zement
- 6. größter Exporteur von Bekleidung
- 15. größter Hersteller von Kraftfahrzeug

Die Türkei ist in Europa :

- 1. größter Hersteller von Autocar/Bus
- 1. größter Hersteller von TV Apparaten
- 2. größter Produzent von Eisen & Stahl
- 2. größter Hersteller von Baumaterialien
- 3. größter Hersteller von Keramikkacheln
- 4. größter Telekom-Markt
- 6. größter Kühlschrankhersteller
- 6. größter Hersteller von Industriemaschinen
- 6. größter Auto- und Ersatzteile-Hersteller
- 8. größter Schiffsbauer
- 3. größter Yachthersteller

Und auch: an Artenvielfalt reichstes Land und der schnellst wachsende und größter Entwicklungsmarkt

- **Ausländische Direktinvestitionen:** € 9,4 Mrd in 2012 | € 9,6 Mrd in 2013 | € 9,5 Mrd in 2014 | € 10,6 Mrd in 2015 | € 10,8 Mrd in 2016 |
Ungefähr 52.754 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 5,8 Milliarden im Jahr 2016). Privatisierungen im Wert von € 14,4 Milliarden in den letzten fünf Jahren.
Die Körperschaftssteuer beträgt 22 %.
- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft:** 28 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 - ± 70 Millionen GSM-Abonnenten (441 Minuten/Monat)
 - ± 61% des Internetverkehrs ist vom Mobilfunknetz
 - ± 48 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 62 Millionen in 2020
 - ± € 84 Online-Einzelverkauf pro Warenkorb (€ 77 in den USA und € 63 in der EU)
 - ± 40 TV-Fernsehsender auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 - Ausbau der e-Regierung (42% der 16 - 74 Jährigen)
- **Tourismus :** Weltweit beliebtes Reiseziel, 32,4 Millionen Touristen im Jahr 2017.

▶ **REFORMEN**

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
Zivilgesetzbuch, verbesserte Gleichstellung der Geschlechter, neues Strafgesetzbuch
Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
Wettbewerbspolitik, geistige und industrielle Eigentumsrechte, Kontroll- und Quotenverwaltung
Standards und Zertifizierung, Akkreditierung, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, internationale Standards der Finanzberichterstattung, Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei
1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** »
2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien hinreichend erfüllt.
2005 : Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005
2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18. Februar
2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis
2013 : Im Dialog über die Visaliberalisierung
2016 : Die EU-Türkei-Erklärung zur Migrationspolitik

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org